



Wernard und CDU beharren auf Gutachten

Usinger Anzeiger vom 21.11.2015, Seite 21

USINGEN (dh). Der Magistrat hat bekanntlich mit Mehrheit ein weiteres, und damit erweitertes Verkehrsgutachten für den Innenstadtbereich abgelehnt. Bürgermeister Steffen Wernard (CDU) will aber sein Versprechen halten, das er in der Bürgerversammlung gegeben hat: Es wird ein erweitertes Verkehrsgutachten zur Optimierung der Verkehrssituation im Bereich des Neuen Marktplatzes/Bahnhofstraße/Zitzergasse/Westerfelder Weg erstellen, hieß es in dieser Bürgerversammlung zum Neuen Marktplatz.

Welche Beweggründe der Magistrat hatte, das erweiterte Verkehrsgutachten abzulehnen, konnte der Magistrat im Haupt- und Finanzausschuss erläutern. Wernard schickte voraus: Wenn der Bürgermeister anderer Meinung ist als die Mehrheit des Kollegialorgans Magistrat, dann könne der Bürgermeister dies öffentlich sagen, ohne konkrete Abstimmungsergebnisse und Inhalte zu nennen. Daher habe er den Magistrat aufgefordert, jemanden aus dem Gremium zu beauftragen, die Beweggründe zu nennen. Mit dieser Aufgabe beauftragt wurde Stadtrat Raymond Hahn (Grüne).

Dafür, dass er als Sprecher des Magistrates die Ansicht der Mehrheit in diesem Gremium und die Beweggründe nach außen darstellen könne, sei er dankbar, so Hahn. Mit einem erweiterten Gutachten würde die Situation im Innenstadtbereich auch nicht besser, die Straßen nicht breiter und die Autos nicht weniger. "Daher wollte die Mehrheit im Magistrat keine 35 000 Euro für das ausgeben, was wir alle wissen", stellte Hahn fest. Nur auf der Hoffnung basierend, dass ein solches Verkehrsgutachten neue Erkenntnisse bringen könnte - diese Hoffnungen könnten die 35 000 Euro bei Weitem nicht aufwiegen, schon gar nicht bei einer sich selbst auferlegten sparsamen Haushaltsführung. Auf diesem Weg lasse sich die Verkehrssituation nicht verbessern.

Der Magistrat würde es befürworten, wenn sich eine Kommission aus fachkundigen Bürgern, Vertretern des Magistrates und Stadtverordnetenversammlung bilden würde, die bestrebt sei, die Situation zu erläutern und zu verbessern, so Hahn, der an die Mitglieder des HFA appellierte, sich der Mehrheit des Magistrates anzuschließen, "denn wir dürfen nicht 35 000 Euro für das ausgeben, was wir schon wissen".

Gerhard Liese, als CDU-Vertreter im Ausschuss und nicht als Stadtverordnetenvorsteher, hielt das Prozedere, sich im Ausschuss rechtfertigen zu können, für nicht in Ordnung. Der Magistrat habe nie das Recht gehabt, sich in der Öffentlichkeit darzustellen, fügte Liese hinzu. Der Bürgermeister als Sprecher des Magistrats hingegen habe das Recht zu sagen, er habe sich nicht durchsetzen können.

CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Christoph Holzbach wies darauf hin, dass die Mehrheiten in Magistrat und Stadtverordnetenversammlung unterschiedlich sind: Im Stadtparlament habe die CDU mit dem Koalitionspartner FWG die Mehrheit, und wenn der Magistrat mit seiner Mehrheit (die noch aus der Zeit der pAG besteht: SPD, Grüne, FDP) das erweiterte Verkehrsgutachten ablehne, dann sei es logisch, dass dieser Antrag von der Mehrheit im Stadtparlament gestellt werde. In der Bürgerversammlung sei zugesagt worden, dass ein ergänzendes Verkehrsgutachten eingeholt werde, es wäre schäbig, wenn man eine solche Zusage nicht einhalten würde (Bericht folgt).